

Beschluss 73 – Für Abrüstung, Frieden und Menschenrechte!

Raus zum Ostermarsch 2023

(Abstimmung: einstimmig angenommen)

Die Ostermärsche 2023 stehen erneut unter dem Zeichen des Krieges in der Ukraine. Seit über einem Jahr schauen wir sorgenvoll in den Osten Europas in dem die Zeit des Leids, der Flucht, der Zerstörung und des Sterbens kein Ende nehmen will. Jeder weitere Tag, an dem das Sterben und die Zerstörung ziviler Infrastruktur in der Ukraine andauert, ist einer zu viel. Putin, der diesen völkerrechtswidrigen Krieg begonnen hat, hat es auch in der Hand diesen zu beenden. Dazu braucht es aber auch einen starken Druck der internationalen Staatengemeinschaft. Die vordringlichste Aufgabe muss es sein, alles zu unternehmen, um das Blutvergießen so schnell wie möglich zu beenden und weiteres zu verhindern.

Wir gehen daher zu den Ostermärschen auf die Straße und fordern seitens der europäischen Regierungen und der internationalen Staatengemeinschaft eine ernsthafte diplomatische Initiative für einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Waffenstillstandsverhandlungen unter dem Dach der Vereinten Nationen müssen den Anfang bilden. Ein Diktatfrieden Russlands für die Ukraine kann nicht der Anspruch von Verhandlungen sein, der Rückzug Russlands aus der Ukraine muss das Ziel sein. Eine Ausweitung des Krieges, vor der viele Menschen Sorgen haben, muss verhindert werden. Waffenlieferungen hinterfragen wir kritisch. Und es braucht einen wirksamen Schutz für Deserteur*innen und Reservist*innen, die sich dem Kriegseinsatz entziehen wollen.

Wir stellen uns gegen den Aufrüstungskurs der Bundesregierung. Die Kriegslogik muss überwunden werden. Wir sind daher insbesondere gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr mit dem 100-Milliarden-Euro-Paket. Auch Überlegungen zur Aufstockung dieser Mittel erteilen wir eine Absage. Statt immer mehr Geld für Aufrüstung auszugeben, brauchen wir endlich solche finanziellen Kraftpakete für eine soziale Energiewende, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Pflege- und Gesundheitsbereich, moderne Bildungseinrichtungen und die notwendige Verkehrswende. Die soziale Teilhabe aller Menschen in diesem Land ist uns wichtiger, als die nukleare Teilhabe Deutschlands in der Welt.

Wir kritisieren die parteienübergreifende neue Einigkeit zur Erfüllung des 2-Prozent-Ziels der NATO. Darüber hinaus setzen wir uns für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages der UNO durch Deutschland und den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland ein. Der aktuelle außen- und verteidigungspolitische Diskurs in

Deutschland scheint fast keine Tabus mehr zu kennen, wenn es um Aufrüstung geht. Die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht wird als scheinbar ernsthafter Vorschlag des Öfteren ins Spiel gebracht, das lehnen wir ab. Diese militaristische Entwicklung beobachten wir mit sehr großer Sorge.

Wir vergessen auch nicht die unzähligen weiteren Kriege und Konflikte auf dieser Welt, welche durch Waffenexporte auch die Kassen der deutschen Rüstungsindustrie klingeln lassen. Wir blicken auf die Situation der Menschen im Bürgerkriegsland Jemen, in den Konfliktregionen in Äthiopien oder die Menschen in Afghanistan, die unter der Machtübernahme der Taliban leiden, um nur einige Regionen zu nennen. Wir kritisieren das dröhnende Schweigen der NATO, wenn der Bündnispartner Türkei in den letzten Jahren immer wieder völkerrechtswidrig die kurdischen Gebiete im Norden Syriens bombardiert und auch nach dem Erdbeben in der Region davor keinen Halt macht. Wir schauen mit großem Respekt und Sorge um das Leben vieler Menschen auf die Protestbewegung im Iran, die den Eliten und dem Mullah-Regime die Stirn bieten, auch wenn das bedeutet, dass sie um ihr Leben fürchten müssen.

All das zeigt uns, wie wichtig der gemeinsame Einsatz für Frieden, gegen Aufrüstung und für Menschenrechte ist. Wir stehen Schulter an Schulter für den Frieden. Und für uns ist klar, Frieden und Antifaschismus gehören zusammen. Wir als DIE LINKE. Thüringen rufen alle unsere Mitglieder und Mitstreiter*innen dazu auf im Bündnis mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, solidarisch für die Geflüchteten von Krieg, Folter, Hunger und Vertreibung einzustehen und zu den Ostermärschen in Thüringen ein klares Zeichen für den Frieden und die Mitmenschlichkeit zu setzen.